

Matthias Mierel

MAGAZIN



Integration verbessern und irreguläre Migration reduzieren – wir handeln konsequent und human

Kaum ein anderes aktuelles Thema erhitzt so sehr die Gemüter wie die Frage, wie es in Deutschland weitergeht rund um die Migration. Es geht dabei um die Menschen, die zu uns kommen, weil sie vor persönlicher Verfolgung, vor Krieg oder vor der Armut in ihrer Heimat fliehen. Aber es geht auch um uns, um Zusammenhalt und Belastbarkeit.

Ich beschäftige mich intensiv mit dem Thema – vor Ort in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verantwortlichen in der Kommunalpolitik, den zivilgesellschaftlichen Institutionen und mit geflüchteten Menschen. In Berlin geht es in der SPD-Fraktion und im Bundestag jenseits von populistischen Schlagzeilen und Social-Media-Getöse um das klare

Benennen von Problemen und das Erarbeiten von Lösungen.

Wir stehen zu unserem Grundgesetz und dem Recht auf Asyl. Eine Abkehr davon steht nicht zur Debatte. Auch eine „Obergrenze für Flüchtlinge“, wie die Union sie oft und gerne fordert, ist Unsinn. Eine Obergrenze löst kein einziges Problem, sie ist reiner Populismus.

Aber wir sehen auch, dass das Ausmaß der irregulären Migration über Schleuserbanden und indirekt über andere EU-Staaten zunehmend untragbar wird. Kommunen und die Zivilgesellschaft sind schon jetzt am Limit. Menschenwürdige Unterkünfte, Betreuung und Beschulung der Kinder und

Integrationsmaßnahmen sind in diesem Umfang kaum mehr leistbar.

Deshalb ist es richtig und keineswegs menschenfeindlich, wenn unsere Politik schon an den Grenzen ansetzt – den Grenzen der EU und auch der deutschen Grenze zu den Nachbarländern. Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem ist wichtig. Es steht kurz vor dem Abschluss und beinhaltet eine verpflichtende Registrierung aller Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen und dortige Verfahren für Menschen mit sehr geringer Bleibeperspektive. Bei denjenigen, die von der EU aufgenommen werden, soll eine verbindliche, faire Verteilung auf alle EU-Länder geschaffen werden.

Diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, sollen gar nicht erst in die EU einreisen können.

Aber auch verstärkte Kontrollen an unseren Landesgrenzen sind wichtig. Hier betreiben Schleuser ihr menschenverachtendes Geschäft und denen müssen wir konsequent entgegentreten. Dafür wird jetzt das ganze Bündel an stationären und mobilen grenzpolitischen Maßnahmen eingesetzt. Denn Fakt ist: jeder vierte irregulär nach Deutschland einreisende Mensch wird geschleust. Die Bundespolizei arbeitet deshalb auch enger grenzüberschreitend mit unseren Nachbarländern zusammen.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Beschleunigung von Asylverfahren. Dabei muss sowohl bei der Bearbeitung der Anträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF), als auch bei den teilweise folgenden Verfahrensdauern vor Gericht angesetzt werden. Da müssen Bund und Länder gemeinsam in einem „Pakt für den Rechtsstaat“ das BAMF und die Justizverwaltungen in den Ländern auch personell stärken.

Was ist mit den Menschen, die nach Abschluss der Verfahren kein Bleiberecht haben? Olaf Scholz hat sich klar geäußert – es muss deutlich mehr Rückführungen in die Herkunftsländer geben. Das Bundeskabinett

hat dazu auf der Basis der Beschlüsse der Länder aus dem Frühjahr am 25. Oktober ein Gesetzespaket verabschiedet. Darin enthalten sind vor allem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung für die Ausländerbehörden und zur Erweiterung der Befugnisse für die Polizei, beispielsweise bei der Dauer des Ausreisegewahrsams.

Wenn seit Jahren von Populisten gefordert wird, sofort jeden abzuschieben, der kein Bleiberecht hat oder straffällig geworden ist, so ist das eine grobe Realitätsignoranz. Denn wir schicken als Rechtsstaat keine Menschen in Länder zurück, in denen ihnen z. B. die Todesstrafe droht. Und auf der anderen Seite gibt es einige Herkunftsländer, die ihre Staatsbürger nicht wieder „zurücknehmen“. Deshalb gehen wir weiter gemeinsam mit der EU den Weg, Migrationsabkommen mit Herkunftsstaaten abzuschließen und wollen weitere Einstufungen von Ländern als sichere Herkunftsländer vornehmen. Das ist zwar mühsam, aber der einzige Weg, der echte Lösungen bringt.

Und wie wollen wir den Kommunen und der Zivilgesellschaft helfen, die Menschen aufgenommen haben? Bei den Asylsuchenden soll schneller als bislang der Weg in Arbeit oder als Vorstufe in gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten frei gemacht werden. Und die Kommunen sollen finanziell besser unterstützt werden –

dazu sollen im November konkrete Beschlüsse zwischen dem Bundeskanzler und den Länderchefinnen gefasst werden. Was manch andere Vorschläge wie Bezahlkarten oder Sachleistungen statt Bargeld für Asylbewerber angeht, so ist rechtlich schon fast alles möglich, aber aufwändig. Daher soll in Modellregionen erprobt werden, ob z. B. eine Bezahlkarte den gewünschten Effekt bringt.

Nachdem hier viel die Rede war von Regulierungen eines unkontrollierten Zuzugs, ist mir auch wichtig, auf die Regelungen hinzuweisen, die wie das „Chancenaufenthaltsrecht“ vielen bislang nur geduldeten Menschen eine gute Perspektive bieten, sich aktiv bei uns zu integrieren und im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Auch das schon beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird die legale Migration in den Arbeitsmarkt vereinfachen. Wer in Deutschland arbeiten möchte, kann so deutlich unbürokratischer als bislang hierherkommen.

Mein Fazit: Es gibt viele Aspekte beim komplexen Thema Asyl und Migration und dementsprechend einiges zu tun. Und das machen wir – für die Menschen, die schutzbedürftig zu uns kommen, für die Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Für Humanität, Integration, Fairness, Gerechtigkeit, und gegen Spaltung und Populismus.

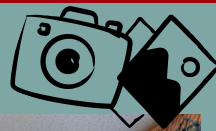
Neues aus dem Wahlkreis

Die Meisterschule in Kaiserslautern

Ich war zu Besuch in der Meisterschule in Kaiserslautern, um mit den Schülerinnen, den Lehrkräften und dem Direktor, Herr Hemmer, über verschiedene Themen zu sprechen. Die Meisterschule ist mit ihren ca. 650 Schülern eine besondere Schule in unserer Region, da hier abgesehen von der Techniker- und Meisterausbildung auch ohne einen Betrieb eine qualifizierte Berufsausbildung erworben werden kann. Diese Ausbildung findet dann unabhängig von der Spezialisierung eines Betriebes statt und die Ausbilder in der Meisterschule können sich Zeit nehmen für individuelle Förderung. Die Meisterschule leistet somit einen aktiven Beitrag gegen den Fachkräftemangel und gibt jungen Menschen eine Chance, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine passende Stelle gefunden haben.



Hier war ich auch (Teil 1):



Schlachtfest in Gerbach



Pflegedienst Schwager
in Otterberg



AG 60 Plus in Ulmet

SWK Stadtwerke Kaiserslautern Verkehrs-AG bekommen Förderzusage für Elektrobusse in Höhe von 3 Millionen Euro



Der Bund hat die Förderung für den Umstieg auf Elektrobusse in Kaiserslautern freigegeben und trägt mit rund 3 Millionen Euro 60 Prozent der Mehrkosten. Damit wird die SWK bis 2026 schrittweise 16 Elektrobusse in die Stadtbusflotte aufnehmen und künftig damit ältere Dieselmotoren ersetzen. Seit fast zwei Jahren setze ich mich beim Bund für die Förderung ein und freue mich daher sehr, dass endlich die Zusage da ist.

Rainer Nauerz, technischer Vorstand der SWK Stadtwerke Kaiserslautern begrüßt die Entscheidung: „Die Umstellung auf Elektromobilität im ÖPNV wird deutlich dazu beitragen, dass wir den CO₂-Ausstoß sowie die Schadstoff- und Lärmbelastung direkt vor unserer Haustür messbar reduzieren.“

Die SWK ist ein kommunales Verkehrsunternehmen der Stadt Kaiserslautern und betreibt aktuell 16 Buslinien verteilt auf 65 Busse. Davon ist bereits heute eine große Anzahl an Fahrzeugen mit einem Hybridmodul ausgestattet. Neben dem Bau zusätzlicher Ladeinfrastruktur, lädt die SWK die Elektroflotte mit Ökostrom auf und plant auch in Zukunft weitere Elektrobusse in Betrieb zu nehmen. Ziel ist, dass SWK den Bus-Fuhrpark bis 2030 mindestens bis zu 60 Prozent elektrifiziert.

Das Förderprogramm „Mehr Elektrobusse für den ÖPNV“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) unterstützt die Beschaffung von Bussen mit umweltfreundlichen, alternativen Antrieben, die z.B. auf Batterie- und Brennstoffzellentechnologiebasieren.

Neues aus Berlin

Gute Neuigkeiten für das Handwerk in der Region! 20 Millionen Euro zusätzlich für Fachkräftesicherung im Handwerk

Der Fachkräftemangel stellt für viele Handwerksbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen eine der größten Herausforderungen dar. Klar ist: Wir brauchen in Deutschland dringend qualifizierten und gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs! Dafür müssen in Zukunft noch viel mehr Jugendliche einen Handwerksberuf ergreifen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam mit den Partnern der Ampel-Koalition in den Haushaltsverhandlungen durchgesetzt, dass an den Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Ausbildung im Handwerk keine Abstriche vorgenommen werden.



Der Haushaltsausschuss hat zusätzliche 20 Millionen Euro für die Fachkräftesicherung im Handwerk bewilligt. Davon profitieren vor allem die überwiegend kleinen und mittleren Betriebe im Handwerk. Die zusätzlichen Mittel fließen in die duale Berufsausbildung, in moderne Werkstatt- und Unterrichtsräume und in Projekte zur Nachwuchsgewinnung.

Konkret investieren wir 11 Millionen Euro mehr bei der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung. Damit entlasten wir Handwerksbetriebe, indem wir ein Drittel ihrer Lehrgangs- und Unterbringungskosten für ihre Auszubildenden übernehmen. Die überbetriebliche Ausbildung sichert uns weltweit anerkannte Fachkräfte. Deshalb haben wir die Haushaltsmittel von 59 auf 70 Millionen Euro angehoben.

Weitere 8 Millionen Euro mehr stellen wir für Projekte zur Verfügung, die Handwerksbetriebe beim Finden und Binden von Auszubildenden und Fachkräften unterstützen. Offene Stellen sollen damit passgenau mit Jugendlichen aus dem In- und Ausland besetzt werden. Mit der Erhöhung werden dafür jetzt 27,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Gerade vor dem Hintergrund der Transformation und der steigenden Anforderungen an Handwerkerinnen und Handwerker ist es wichtig, dass die Werkstätten und Unterrichtsräume auf dem neusten Stand der Technik sind. Deshalb erhöhen wir die dafür eingeplanten Mittel für überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) um 1 Millionen Euro auf 38 Millionen Euro.

Als SPD-Bundestagsfraktion wissen wir, dass eine alternde Gesellschaft, die Digitalisierung und die Dekarbonisierung der Wirtschaft, den Fach- und Arbeitskräftemangel zunehmend verschärfen. Für uns ist deshalb klar: Wir halten zu unseren Handwerksbetrieben, damit sie auch die Fachkräfte bekommen, die sie angesichts dieser Herausforderungen brauchen.

Terminankündigungen



Telefonsprechstunde

24. November 2023
(Freitag)
12:00 - 14:00 Uhr

Anmeldung unter:
matthias.mieves.wk@bundestag.de
oder 0151 10377531



Rolf Mützenich bei den Friedenstagen
Freitag, 08. Dezember 2023
ab 14:00 Uhr
Kreishaus, großer Sitzungssaal
Kirchheimbolanden



Hier war ich auch (Teil 2):



Heizungsveranstaltung OV Kusel



Austausch mit den Jobcentern



100 Jahre OV Orbis & Oberwiesen
mit Alexander Schweitzer

Neues aus den Ausschüssen

Die elektronische Patientenakte (ePA) im Petitionsausschuss

Für die Sorgen, Nöte und Anregungen aller Menschen ist der Petitionsausschuss die zentrale Anlaufstelle im Deutschen Bundestag. Die herausragende Bedeutung des Ausschusses spiegelt sich im Grundgesetz wider – denn zu den unveränderlichen Grundrechten zählt seit 1949 das Petitionsrecht in Artikel 17: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“



Als Experte in der SPD-Bundestagsfraktion für digitale Gesundheitsthemen wurde ich gebeten, im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu sprechen. Die diskutierte Petition trägt den Titel „Anlegen der elektronische Patientenakte nur mit ausdrücklichem Einverständnis der betroffenen BürgerInnen“. Gleich vorweg: Ich habe mich vehement gegen die Petition ausgesprochen. Warum? Sie beruht auf einer Reihe von falschen Annahmen über die neue elektronische Patientenakte, die wir als SPD entschieden zurückweisen müssen. Daher will ich mit ein paar Vorurteilen aufräumen:

1. Die elektronische Patientenakte (ePA) bleibt freiwillig

Alle Versicherten haben das Recht, sich vor, während und auch rückwirkend von der neuen ePA abzumelden – jederzeit, digital oder analog. Dieses Verfahren nennt sich Opt-Out. Die Versicherten entscheiden selbst, welche Daten in ihre persönliche ePA einfließen und behalten die volle Kontrolle. Diese ganz praktische informationelle Selbstbestimmung ist ein entscheidender Schritt hin zu einer personalisierten und effizienten Gesundheitsversorgung. Wer das nicht will, wird selbstverständlich behandelt wie bisher.

2. Die ePA kann Gutes bewirken

Eine gut funktionierende und etablierte ePA ermöglicht einen schnellen und sicheren Zugriff auf relevante Patientendaten, z. B. bei der Anfahrt des Rettungsdienstes. Darüber hinaus verbessert sie die Kommunikation zwischen den Akteuren. Die ePA kann dazu beitragen, Doppeluntersuchungen zu vermeiden, Therapieentscheidungen zu beschleunigen und die Patientenversorgung insgesamt zu verbessern.

3. Die ePA ist überfällig

Die ePA ist ein Instrument, das die Gesundheitsversorgung in Deutschland nachhaltig verbessern und modernisieren wird. Wir werden gute Sicherheits- und Datenschutzmaßnahmen vorsehen und diese klar und

transparent kommunizieren. Das allein schafft aber noch kein Vertrauen in die Anwendung. Eine Anwendung, die zwar sicher, aber nicht gut nutzbar ist, verfehlt ihr Ziel und schafft kein Vertrauen. Ich bin mir bewusst, dass die Umstellung auf die ePA mit Opt-Out ein Paradigmenwechsel ist, der einen Vertrauensvorschuss der Bevölkerung erfordert. Es wird auch Zeit brauchen, bis die ePA von den Menschen und Leistungserbringern ganz selbstverständlich im Versorgungsalltag genutzt wird. Deshalb müssen wir konsequent mit Mythen aufräumen.

Sehr viele Stimmen aus der Praxis wenden sich an mich und an die Ampel und fordern die ePA für alle als Grundlage für eine gute Versorgung. Die Versicherten haben es verdient, dass wir das für sie erreichen. Sie müssen wissen, was sie am Ende davon haben und ich wünsche mir, dass wir das auch öffentlich diskutieren.

Die Anhörung war ein Startschuss für diese Diskussion. Fachlich sind wir von der Notwendigkeit überzeugt. Sachliche Kritik und Verbesserungsvorschläge nehme ich mit in den Gesetzgebungsprozess, und ja: Vieles kann noch klarer und besser werden. Was aus meiner Sicht aber nicht geht, ist, sich mit falschen Behauptungen gegen die Digitalisierung zu stellen. Das gefährdet am Ende die Gesundheit der Menschen in diesem Land und das kann ich niemals akzeptieren.



Hier könnt ihr mich treffen:

18.November, ab 10:00 Uhr: Parteitag SPD Kaiserslautern

18.November, ab 19:00 Uhr: 50 Jahre Feier der Sportgemeinschaft Gehrweiler

20.November, ab 16:30 Uhr: Vorlesetag in Erzhütten

24.November, ab 19:00 Uhr: Mitgliederversammlung OV Dansenberg



Anne-Cathrin Gerber: Mein Praktikum bei Matthias Mieves



Mein Name ist Anne-Cathrin Gerber, ich bin 20 Jahre alt und studiere Kommunikations- und Politikwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Sowohl in meinem Studium als auch in meinem Praktikum bei dem Münchner Radiosender M94.5 und in meiner Freizeit beschäftige ich mich häufig mit medialer Berichterstattung des politischen Zeitgeschehens.

Einen Blick hinter das zu erlangen, was in medialer Darstellung als Aufgaben eines Politikers gelten und darüber hinaus eigene Ideen einzubringen, hat mich dazu bewegt, ein Praktikum bei Matthias Mieves im Bundestag zu absolvieren. Dabei haben mich drei Kernfragen beschäftigt: Was bedeutet es,

Abgeordneter im Bundestag für die Westpfalz zu sein? Wie viel kann ein einzelner Politiker bewegen? Wie ist es möglich, die breite Vielfalt an Bedürfnissen der Bürger zu erfüllen?

In dem Praktikum hatte ich die großartige Möglichkeit, Matthias Mieves jeden Tag, bei Terminen verschiedenster Art zu begleiten. Für mich war diese Erfahrung unglaublich bereichernd, weil ich miterleben konnte, wie Matthias von morgens bis spät abends Anliegen unterschiedlichster Interessengruppen aufnimmt, dabei möglichst viele Perspektiven erlangt, komplexe Zusammenhänge analysiert, sich sein eigenes Bild zu einem bestimmten Thema macht und für Bürger alles verständlich und einprägsam auf den Punkt bringt. Mein Eindruck ist, dass die aktuelle, stark von Krisen und Konflikten geprägte Zeit, bei vielen den Wunsch nach einfachen und schnellen Lösungen hervorruft. Aus einem Monat Praktikum im Bundestag bei Matthias Mieves nehme ich mit, dass es sich immer lohnt, sich politisch für seine eigenen Vorstellungen und Werte einzusetzen.

Hier war ich auch (Teil 3):



Heizungsveranstaltung OV Süd KL



DEHOGA Donnersbergkreis



DRK Migrationsberatung
Stadt und Landkreise



Mein Ausgeh-Tipp

Das Simitçi Café



Die Tage werden aktuell immer grauer, kälter und nasser. Da will man oft gar nicht vor die Tür. Wer aber Lust hat auf ein super leckeres Frühstück in gemütlicher Atmosphäre, der ist im Simitçi Café in Kaiserslautern genau richtig. Direkt in der Lautrer Fußgängerzone gibts bequeme Sessel und frisch gemachte Leckereien. Das ägäische Frühstück bringt neben den vor Ort gebackenen Simit (Sesam-Ringe) eine vielseitige Auswahl an Käse, Aufstrichen, Obst und Gemüse auf den Tisch. Bei einem türkischen Frühstück darf natürlich auch Menemen nicht fehlen - die Rühreispeise mit Tomaten und wahlweise würziger Sucuk Wurst. Ich bin ein Fan! Das Simitçi Café ist immer einen Besuch wert, nicht zur Frühstückszeit.



Schulstraße 5
67655 Kaiserslautern

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de

www.matthiasmieves.de

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz

